



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/01348**
Datum: 03.06.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.06.2020	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise

Nachdem die Beschränkungen der Corona-Krise in den letzten Wochen gelockert wurden, ist eine schrittweise Rückkehr in das gesellschaftliche Leben wie in Zeiten vor der Pandemie wieder möglich. Nichtsdestotrotz gingen mit den veranlassten Einschränkungen große Umbrüche in unserer Art zu leben, zu arbeiten und zu kommunizieren einher. Auch die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung mussten ihre Arbeit anpassen. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

Zur Verwaltungsorganisation

1. Wie viele MitarbeiterInnen befanden sich seit den Corona-Einschränkungen im Home-Office? Wie viele VPN-Zugänge wurden seit 01.03.2020 eingerichtet? Inwieweit sind dadurch Mehrkosten für die Stadt entstanden? Welche generellen Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung aus der Zeit einer erhöhten Heimarbeit der MitarbeiterInnen?
2. Das Gesundheitsamt war und wird in Zukunft weiterhin von großer Relevanz sein, wenn das Virus eingedämmt werden soll. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die in den letzten Wochen geleistete Mehrarbeit der MitarbeiterInnen bzw. welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen? Inwieweit werden für die zukünftige Arbeit im Gesundheitsamt zusätzliche MitarbeiterInnen benötigt? Wie ist darüber hinaus die derzeitige personelle und finanzielle Situation des Gesundheitsamtes zu beurteilen?

Zu Schulen

3. Der Intervallunterricht stellt nicht nur LehrerInnen und SchülerInnen vor neue Herausforderungen. Auch PädagogInnen und die Schuladministration müssen sich

neu organisieren. Daher fragen wir die Stadtverwaltung, inwieweit aus den organisatorischen Umstellungen ein Mehrbedarf an Sekretariatsstunden bestand/besteht?

Zu Jugendhilfe und Soziales

4. Wegen der Kontaktbeschränkungen verbringen die BürgerInnen viel Zeit zu Hause und in kleinerem Familienkreis. Einige Prognosen rechneten auch deshalb in Deutschland mit einer ansteigenden Zahl von Gewalttaten gegenüber Kindern und Frauen. Inwieweit lassen sich diese Prognosen auch für Halle bestätigen? Führte die Krise zu einem qualitativen und quantitativen Anstieg von Inobhutnahmen, der Aufnahme in Frauenhäusern und eines Anstiegs des Nutzens von Notfalltelefonen? Falls ja, welche Konsequenzen will die Stadtverwaltung aus diesem Anstieg ziehen?
5. Wie wirkte sich das Pandemiegeschehen auf den Bereich Hilfen zur Erziehung aus? Wurden Angebote angepasst? Inwieweit wurden neue Formen von Angeboten entwickelt? Welche Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung grundsätzlich aus den Entwicklungen in Zeiten der Pandemie bzw. welche präventiven Maßnahmen werden für die Zukunft angestrebt?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Halle (Saale)



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Finanzen und Personal

11. Juni 2020

Sitzung des Stadtrates am 24.06.2020

Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise

Vorlagennummer: VII/2020/01348

TOP: 10.21

Antwort der Verwaltung:

Zur Verwaltungsorganisation

Frage 1:

Wie viele Mitarbeiter/innen befanden sich seit den Corona-Einschränkungen im Homeoffice?

Insgesamt nutzten ca. 800 Mitarbeiter/innen die Möglichkeit, zwischen der Präsenz am Arbeitsplatz und bis zu mehrtägigem Homeoffice zu wechseln.

Wie viele VPN-Zugänge wurden seit dem 01.03.2020 eingerichtet?

Seit dem 01.03.2020 wurden 406 neue Berechtigungen erteilt. Insgesamt sind mit Stand vom 10.06.2020 für 923 Mitarbeiter/innen der Kernverwaltung VPN-Zugänge eingerichtet.

Inwieweit sind dadurch Mehrkosten für die Stadt entstanden?

Die Rechteeinrichtung erfolgte durch die IT-Consult GmbH als Serviceleistung im Rahmen des bestehenden Vertrages ohne Mehrkosten.

Anstelle neuer Desktop-PCs für die Arbeitsplätze wurden Notebooks im Rahmen des vorgesehenen Budgets beschafft).

Welche generellen Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung aus der Zeit einer erhöhten Heimarbeit der Mitarbeiterinnen?

Es sind künftig ca. 650 Arbeitsplätze standardmäßig für mobiles Arbeiten ausgestattet. Das erhöht zum einen die Flexibilität der Stadtverwaltung, um auf Krisenfälle zu reagieren. Zum anderen ist es im Zeitalter der Digitalisierung ein wichtiger Schritt, um veränderten Anforderungen in der Arbeitswelt gerecht zu werden und als moderner Arbeitgeber attraktiv für Beschäftigte zu sein.

Die Möglichkeit des „Homeoffice“ wurde vielfach genutzt und wird auch weiterhin einen Beitrag zur Flexibilisierung der täglichen Arbeit leisten. Diese Form der Arbeitsorganisation wird weiterhin Bestand haben.

Frage 2:

Das Gesundheitsamt war und wird in Zukunft weiterhin von großer Relevanz sein, wenn das Virus eingedämmt werden soll. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die in den letzten Wochen geleistete Mehrarbeit der MitarbeiterInnen bzw. welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen? Inwieweit werden für die zukünftige Arbeit im Gesundheitsamt zusätzliche MitarbeiterInnen benötigt? Wie ist darüber hinaus die derzeitige personelle und finanzielle Situation des Gesundheitsamtes zu beurteilen?

Seit Beginn der Corona-Krise wurde von den Mitarbeitern/innen des Fachbereiches Gesundheit ein sehr hohes Maß an Engagement gefordert und unter persönlichem Einsatz erbracht. Ohne zu zögern waren die Mitarbeiter/innen bereit, persönliche Belange der Bekämpfung der Corona-Pandemie unterzuordnen. Die geleistete Mehrarbeit wertschätzt die Verwaltung außerordentlich.

Der Bund beabsichtigt, mit dem am 03.06.2020 im Koalitionsausschuss beschlossenen Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket einen „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ umzusetzen. Dazu heißt es in Punkt 50: „Unter definierten Kriterien wird eine Personalmindestausstattung für ein Mustergesundheitsamt definiert. [...] Der Bund wird den Ländern in Form von Umsatzsteuerfestbeträgen die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die zusätzlich erforderlichen Stellen in den Gesundheitsämtern vor Ort für die kommenden 5 Jahre zu finanzieren, soweit die Anstellung bis Ende 2021 erfolgt ist.“

Den Pakt unterstützt die Stadtverwaltung ausdrücklich. Im Rahmen des Paktes werden die Gesundheitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und Ausrüstung unterstützt und bei deren Möglichkeiten zur Personalgewinnung gestärkt. Die Ausstattung des Fachbereiches Gesundheit erfolgt bedarfsgerecht. Inwiefern zusätzliche Stelle erforderlich werden, wird der Verlauf des Pandemiegeschehens zeigen.

Zu Schulen

Frage 3

Der Intervallunterricht stellt nicht nur LehrerInnen und SchülerInnen vor neue Herausforderungen. Auch PädagogInnen und die Schuladministration müssen sich neu organisieren. Daher fragen wir die Stadtverwaltung, inwieweit aus den organisatorischen Umstellungen ein Mehrbedarf an Sekretariatsstunden bestand/besteht?

Es wurde aus den Schulen kein Mehrbedarf an Sekretariatsstunden angezeigt.

Zu Jugendhilfe und Soziales

Frage 4

Wegen der Kontaktbeschränkungen verbringen die BürgerInnen viel Zeit zu Hause und in kleinerem Familienkreis. Einige Prognosen rechneten auch deshalb in Deutschland mit einer ansteigenden Zahl von Gewalttaten gegenüber Kindern und Frauen. Inwieweit lassen sich diese Prognosen auch für Halle bestätigen? Führte die Krise zu einem qualitativen und quantitativen Anstieg von Inobhutnahmen, der Aufnahme in Frauenhäusern und eines Anstiegs des Nutzens von Notfalltelefonen? Falls ja, welche Konsequenzen will die Stadtverwaltung aus diesem Anstieg ziehen?

Die Krise führte bisher nicht zu mehr Inobhutnahmen.

Im Frauenschutzhaus erfolgten in den vergangenen Wochen 2-3 Anfragen pro Woche zur akuten Aufnahme in ein Frauenhaus. Ein Anstieg der Anfragen war somit bisher nicht zu verzeichnen. Bezogen auf die Tätigkeit der ambulanten Beratungsstelle des

Frauenschutzhauses ist jedoch ein Anstieg von Anfragen zu registrieren. Diese Beratungsanfragen können aber vollumfänglich von den Mitarbeiterinnen abgedeckt werden.

Frage 5

Wie wirkte sich das Pandemiegesehen auf den Bereich Hilfen zur Erziehung aus? Wurden Angebote angepasst? Inwieweit wurden neue Formen von Angeboten entwickelt? Welche Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung grundsätzlich aus den Entwicklungen in Zeiten der Pandemie bzw. welche präventiven Maßnahmen werden für die Zukunft angestrebt?

Die Hilfen wurden im Wesentlichen weiter geleistet. In der ersten Phase wurden Tagesgruppen ausgesetzt und der persönliche Kontakt in den Familienhilfen reduziert.

In der Heimerziehung kam es zeitweise zu einem Aussetzen von Besuchsmöglichkeiten. Diese sind jetzt wieder möglich.

Um für Quarantänefälle gerüstet zu sein, ist das Vorhalten und die Verfügbarkeit ausreichender Platzkapazitäten sicherzustellen. Dies ist gewährleistet.

Egbert Geier
Bürgermeister